IMK
Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung

POLICY BRIEF

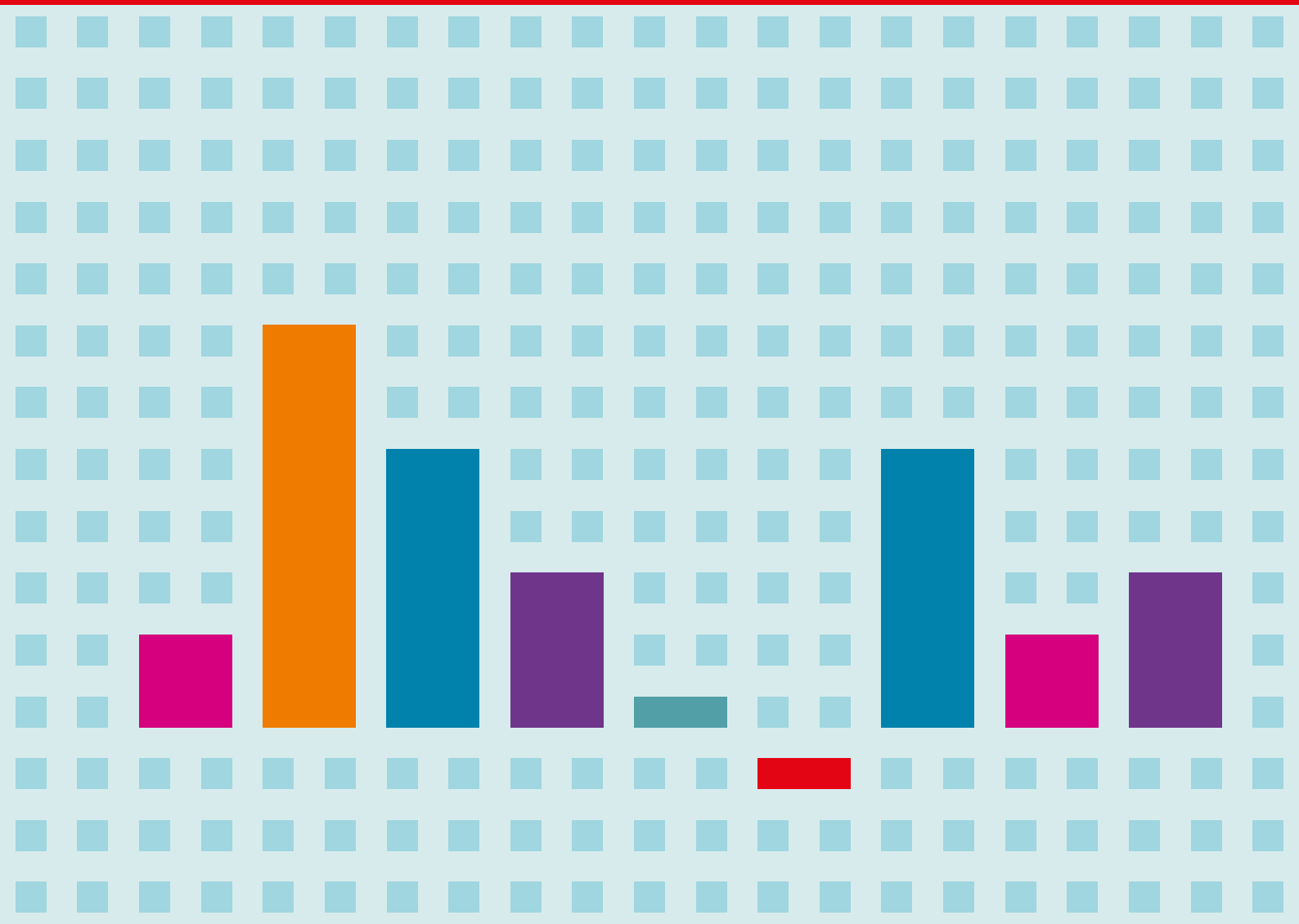
Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK Policy Brief Nr. 178 · Oktober 2024

IMK INFLATIONSMONITOR

Inflation in Deutschland fällt im September 2024 auf 1,6 %, Energiepreise trotz Rückgangs auf hohem Niveau

Silke Tober



IMK INFLATIONSMONITOR

Inflation in Deutschland fällt im September 2024 auf 1,6 %, Energiepreise trotz Rückgangs auf hohem Niveau

Silke Tober[1]

Zusammenfassung

Die deutsche Inflationsrate lag im September 2024 mit 1,6 % nochmals deutlich niedriger als im Vormonat (1,9 %). Ausschlaggebend war erneut ein kräftigerer Rückgang der Energiepreise (-7,6 % nach -5,1 % im August 2024). Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak erhöhte sich leicht von 2,6 % im August 2024 auf 2,7 %, zugleich schwächte sich allerdings der Preisanstieg bei Dienstleistungen etwas auf 3,8 % ab.

Der Anstieg des für die EZB wichtigen harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) lag in Deutschland mit 1,8 % erstmals seit Februar 2021 unter 2 %, nach 2,0 % im August 2024. Die HVPI-Kernrate verharrte dabei bei 3,0 %. Auch im Euroraum insgesamt lag die Inflationsrate mit 1,7 % unter dem Inflationsziel der EZB (2 %).[2]

Die VPI-Inflation hat sich mit etwa dem gleichen Tempo abgeschwächt, mit dem sie seit 2021 unter dem Eindruck der aufeinanderfolgenden Preisschocks gestiegen war. Das gilt auch für die Kernrate, die durch die massive Teuerung einzelner Dienstleistungen wie Autoversicherungen (25,7 %), Mietwagen (7,9 %) und Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (7,7 %) hochgehalten wird und deren Niveau zudem infolge der Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen im Gastgewerbe zu Jahresbeginn überzeichnet ist.

Die Inflationsraten der neun hier betrachteten Haushaltstypen in verschiedenen Einkommensklassen lagen zwischen 0,9 % und 1,7 %. Haushalte mit Kindern profitierten besonders von dem Rückgang der Kraftstoffpreise und einkommensschwache Haushalte von den rückläufigen Preisen für Haushaltsenergie.

Die Inflation dürfte zum Jahresende in Deutschland und im Euroraum zwar etwas über 2 % steigen, das Inflationsziel aber bereits im ersten Quartal 2025 nachhaltig erreichen. Zugleich ist die Konjunktur schwach und die Aussichten haben sich eingetrübt. Aktuell dämpft die EZB die wirtschaftliche Aktivität gezielt und verhindert dadurch dringend erforderliche Investitionen. Je länger die EZB ihren noch stark restriktiven Kurs beibehält, desto wahrscheinlicher ist es zudem, dass sie den Leitzins im kommenden Jahr unter das neutrale Niveau senken muss. Daher sollte die EZB auf ihrer Sitzung im Oktober nicht nur die Zinsen erneut senken, sondern auch signalisieren, dass sie die Zinsen zügig aus dem restriktiven Bereich führen wird.

---

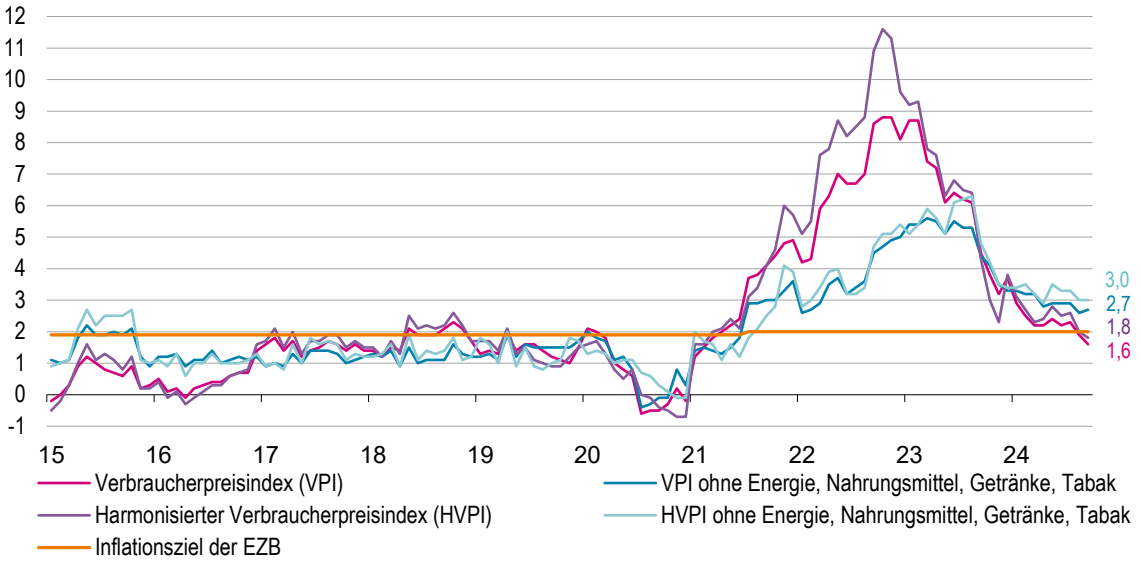
[1] Dr. Silke Tober, Referatsleitung Geldpolitik, Silke-Tober@boeckler.de

[2] Aktualisiert am 24.10.24.

Energiepreise dominieren zwar Inflationsrückgang, sind aber weiterhin hoch

Die Inflationsrate in Deutschland lag im September 2024 bei nur 1,6 % nach 1,9 % im August 2024. Entscheidend war der mit -7,6 % starke Rückgang der Energiepreise (August 2024: -5,1 %). Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak erhöhte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 2,7 % (Abbildung 1).[3] Innerhalb der Kernrate schwächte sich allerdings der Anstieg der Dienstleistungspreise leicht auf 3,8 % ab, während die Preise der Waren ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak mit 0,7 % etwas deutlicher zulegten (August 2024: 0,4 %). Die Nahrungsmittelpreise stiegen in der engen Definition (1,6 %) erneut etwas stärker, während der Preisanstieg in der weiten Definition einschließlich Getränke und Tabakwaren wie im Vormonat bei 2,3 % lag.

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in Deutschland Januar 2015 – September 2024
Veränderungen der Indizes gegenüber Vorjahresmonat, in %



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.

Abbildung 1 zeigt, dass sich die Inflation etwa im selben Tempo zurückgebildet hat wie sie zuvor infolge der zahlreichen pandemie-, konflikt- und kriegsbedingten Preisschocks gestiegen war. Als die Inflation im Oktober 2022 ihren Höhepunkt erreichte, stiegen die Energiepreise um 35,2 % und lagen um 50,3 % über dem Vorpandemieniveau von 2019 bzw. um 51,2 % über dem Niveau von Anfang 2021. Der Oktober 2022 markierte nicht nur den Höhepunkt des Preisanstiegs, sondern auch des Niveaus der Energiepreise. Seither sinken sie in der Tendenz, was sich seit Oktober 2023 auch in der Vorjahresrate niederschlägt.

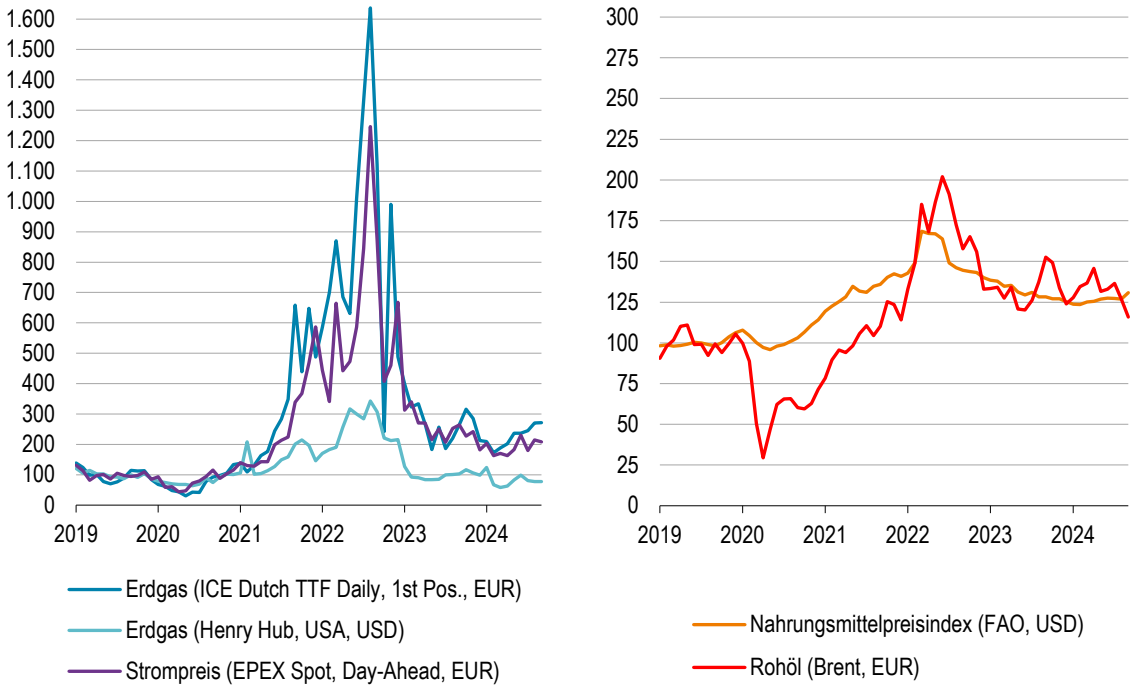
Trotz des abermaligen und kräftigen Rückgangs im September 2024 lagen die Energiepreise noch um 37 % höher als vor der Pandemie bzw. um 38 % als zu Beginn des Jahres 2021. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Energieträgern. Während Kraftstoffe und Heizöl im

[3] Die vom Statistischen Bundesamt (Destatis) veröffentlichte Kernrate verringerte sich auf 2,7 % nach 2,8 % im August 2024. Das Statistische Bundesamt lässt dabei neben Energie nur Nahrungsmittel im engeren Sinne unberücksichtigt, während hier in Einklang mit Eurostat Nahrungsmittel im weiten Sinne und damit einschließlich von Getränken und Tabakwaren herausgerechnet werden.

September 2024 nur um 20,7 % bzw. 25,7 % teurer waren als im Vorpandemiejahr, lag der Strompreis um 30,7 % höher, Erdgas um 90,3 % und Fernwärme um 79,4 %.

Unter den Kraftstoffen kostete Superbenzin E10 Mitte September 2024 – dem Zeitpunkt der monatlichen Preiserhebung des Statistischen Bundesamts – durchschnittlich 1,65 €/l und damit 24,5 ct/l mehr als im Jahr 2019.[4] Davon gehen 12,9 ct auf das Konto der CO_2-Abgabe (inkl. Mehrwertsteuer), die im Jahr 2021 eingeführt wurde und zuletzt Anfang 2024 um 15 € auf 45 € je Tonne ausgestoßenem CO_2 angehoben wurde. Kosten und Gewinne erhöhten den Benzinpreis um 9,8 ct/l und die darauf fällige Mehrwertsteuer belief sich auf weitere 1,9 ct. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Preis von Rohöl der Nordseesorte Brent in Euro um 15,8 %, was etwas weniger ist als der Anstieg der Kosten und Gewinne. Zumindest teilweise dürfte die Differenz auf teurere Transportwege in Zusammenhang mit den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten zurückzuführen sein sowie auf Raffinerieengpässe infolge der Sanktionen gegen Russland. Auf Letzteres deutet auch der stärkere Anstieg der Kosten zuzüglich Gewinne um netto 11,5 ct/l im Fall von Diesel hin. Dennoch überwog auch hier zuletzt der staatliche Einfluss mit 14,2 ct/l für die CO_2-Abgabe einschließlich Mehrwertsteuer und 2,2 ct/l Mehrwertsteuer auf die erhöhten Kosten/Gewinne. Ihren Höchststand hatten Super E10 und Diesel im Monat nach Russlands Invasion der Ukraine mit 2,07 €/l bzw. 2,14 €/l im März 2022. Im Juni 2022 wäre der Preis nochmal deutlich höher ausgefallen, hätte die Bundesregierung nicht die Energiesteuer auf Kraftstoffe gesenkt, da der Rohölpreis damals doppelt so hoch war wie im Jahr 2019 und mit 116 €/Barrel seine Spitze erreichte (Abbildung 2).

Abbildung 2: Internationale Energie- und Agrarrohstoffpreise
Index 2019=100, Januar 2019 – September 2024



Quellen: EZB; FAO; Macrobond; U.S. Energy Information Administration; Berechnungen des IMK.

[4] Siehe Destatis: https://www.dashboard-deutschland.de/indicator/tile_1667921381760 und ADAC: https://www.adac.de/verkehr/tanken-kraftstoff-antrieb/deutschland/kraftstoffpreisentwicklung/#2011-bis-2020.

Der Strompreis für die privaten Haushalte gipfelte erst im Januar 2023, und zwar insbesondere infolge des massiven Anstiegs der Erdgaspreise. Damals übertraf er das Niveau von 2019 um 43,3 %, obwohl in der Zwischenzeit die EEG-Umlage in Höhe von 6,4 ct/kWh schrittweise auf null gesenkt worden war. Seither ist er um 9,2 % gesunken und dürfte im September bei knapp 40 €/kWh gelegen haben. Der Verbraucherpreisindex ist nicht ideal zum Berechnen der Strompreise, die die Haushalte tatsächlich im Durchschnitt zahlen, da er keine Veränderungen in der Struktur der Verträge – Laufzeit, Mengen und Ähnliches – berücksichtigt, sondern anhand der Gegebenheiten im Basisjahr 2020 nur die Preisentwicklung abbildet. Für das erste Halbjahr 2024 liegen die Daten der Energiepreisstatistik des Statistischen Bundesamtes (41,02 ct/kWh) und die Fortschreibung des Wertes aus der Energiepreisstatistik für das Jahr 2020 mit der Verbraucherpreisstatistik (41,91 ct/kWh) relativ nah beieinander.[5] Insbesondere liegen beide noch deutlich über dem von Verivox ermittelten Strompreis für Neuverträge in Höhe von knapp 25 ct/kWh,[6] so dass anders als bei den Preisen für Kraftstoffe und Heizöl bis in das kommende Jahr hinein mit sinkenden Strompreisen im Verbraucherpreisindex zu rechnen ist.

Ähnliches gilt für den Erdgaspreis, der für den Durchschnitt aller privaten Haushalte laut Verbraucherpreisindex seinen Höhepunkt erst im Juli und August 2023 erreichte, also elf Monate nachdem der Großhandelspreis für Erdgas sein Maximum erreichte (Abbildung 2). Dabei übertraf er das Vorpandemieniveau um 101,2 %. Bereits im November 2022 war er fast doppelt so hoch wie vor der Pandemie (94,2 %), der Anstieg wurde aber durch die Dezemberhilfe 2022 und die Anfang 2023 eingeführte Gaspreisbremse vorübergehend unterbrochen. Im September 2024 überstieg der Verbraucherpreis für Erdgas das Niveau von 2019 noch um 90,3 %, wobei der durchschnittliche Preis bei 11,35 ct/kWh gelegen haben dürfte. Dabei spielt die CO_2-Abgabe eine untergeordnete Rolle – sie hätte den Erdgaspreis verglichen mit 2019 nur um 13,9 % erhöht. Auch in diesem Fall hat die Angabe der Energiepreisstatistik für das erste Halbjahr 2024 mit 11,87 ct/kWh eine ähnliche Größenordnung wie der mit der Verbraucherpreisstatistik fortgeschriebene Wert (11,6 ct/kWh), während der Preis bei Neuverträgen laut Verivox in den ersten beiden Oktoberwochen unter 9 ct/kWh lag.[7] Selbst dieser Preis, den Verivox aus den jeweils günstigsten Angeboten in den einzelnen Regionen berechnet, übersteigt das Niveau von 2019 noch um 43 %.

Im September 2024 verringerte sich der Preis für Kraftstoffe um 12,6 %. Zwar sind die Preise an den Tankstellen seither leicht gestiegen, aber im Vergleich zum Vorjahresmonat müssten Kraftstoffpreise auch im Oktober und November 2024 noch deutlich sinken.[8] Sie

---

5 Statistisches Bundesamt, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/09/PD24_375_61243.html und https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/04/PD21_163_61243.html.

6 Einschließlich Grundpreis bei einem Jahresverbrauch von 4000 Kilowattstunden und einer zwölfmonatigen Preisgarantie, https://www.verivox.de/strom/strompreise/.

7 Einschließlich Grundpreis bei einem jährlichen Gasverbrauch von 20000 Kilowattstunden und einer zwölfmonatigen Preisgarantie, https://www.verivox.de/gas/gaspreise/. Verivox liefert für Erdgas auch einen Durchschnittspreis für alle Haushalte in Deutschland, der für September 2024 mit 11,41 ct/kWh beziffert wird. Für die Angaben des Statistischen Bundesamts siehe die Quellen in Fußnote 4.

8 Unter der Annahme, dass der Preis von Rohöl nicht über 80 US-Dollar steigt, der Wechselkurs nicht unter 1,09 USD/EUR fällt und es zu keinen unvorhergesehenen Raffinerieengpässen oder Ähnlichem kommt.

sind in den vergangenen Monaten stärker gefallen, als durch den Rohölpreis zu erklären ist, was auf eine Verringerung von Engpässen oder Gewinnmargen hindeutet. Ähnliches gilt für Heizöl, das sich im September 2024 um 13,6 % verbilligte. Der Strompreis verringerte sich gegenüber September 2023 um 6,4 %, der Erdgaspreis um 5,0 %.[9] Beide Preise dürften in den kommenden Monaten ähnlich stark dämpfend auf die Inflation wirken. Demgegenüber dürfte der Preis für Fernwärme, der im vergangenen Jahr für 80 % des historischen Verbrauchs auf dem relativ niedrigen Niveau von 9,5 ct/kWh gedeckelt war und seit Anfang 2024 zweistellig zulegt (September 2024: 31,8 %), trotz seines geringen Gewichts am Verbraucherpreisindex (0,3 %) auch in den kommenden Monaten 0,1 Prozentpunkte zur Inflation beitragen.

Kernrate mit 2,7 % etwas höher

Der Anstieg der Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak von 2,6 % auf 2,7 % ist kein Indiz für eine Umkehr der bisherigen Abwärtstendenz. Insbesondere hat sich der Preisauftrieb bei Dienstleistungen zugleich leicht auf 3,8 % abgeschwächt und die Kernrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex blieb unverändert. Die aktuelle Kernrate ist überhöht und mittelfristig nicht mit dem Inflationsziel von 2 % vereinbar. Allerdings schlagen sich die kräftigen Erhöhungen der Dienstleistungspreise in der Kernrate besonders stark nieder, da alle Dienstleistungspreise in der Kernrate enthalten sind und dort ein Gewicht von 65,2 % haben statt 50,3 % wie im VPI. So sind schätzungsweise 0,3 Prozentpunkte der Kernrate auf den Anstieg der Mehrwertsteuer auf Speisen im Gastgewerbe zu Jahresbeginn zurückzuführen. Der Anstieg der Preise für Gaststättendienstleistungen, der sich im Verlauf des vergangenen Jahres von 10,9 % auf 5,4 % abgeschwächt hatte, lag in diesem Jahr stets bei knapp 7 % und zuletzt bei 6,7 %.

Zudem legten einige wenige Dienstleistungspreise besonders stark zu, an erster Stelle die Preise von Versicherungsdienstleistungen für private Fahrzeuge. Letztere stiegen zuletzt mit 26,1 % und übertrafen damit im September 2024 das Vorpandemieniveau um 49 %.[10] Die Preise für Autoversicherungen trugen damit im September 2024 0,2 Prozentpunkte zur Inflationsrate und 0,3 Prozentpunkte zur Kernrate bei – mehr als zehnmal so viel, wie es der Fall wäre, wenn sie mit der Zielinflationsrate der EZB von 2,0 % gestiegen wären.

Bei weiteren besonders stark steigenden Dienstleistungspreisen spielen staatliche Einflüsse eine Rolle, beispielsweise bei Verwaltungsgebühren (8,5 % wie in den zwei Monaten zuvor), Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (7,7 % nach 7,8 % im August),), Bildungsdienstleistungen des Elementar- und Primärbereichs (6,7 % nach 6,6 % im August) sowie stationären Gesundheitsleistungen (6,1 % seit Februar 2024).

---

[9] Einschließlich der Betriebskosten von Zentralheizungen. Haushalte mit eigenem Gasanschluss verzeichneten im September 2024 einen Preisrückgang gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,9 %. Der Rückgang des Heizölpreises für Haushalte mit eigener Ölheizung betrug im September 17,9 %.

[10] Der Anstieg der Versicherungspreise um nahezu 50 % seit 2019 scheint nicht mit dem zeitgleichen Preisanstieg bei Ersatzteilen (20,1 %), bei neuen Pkw (23,2 %), bei Gebrauchtwagen (37,7 %) und bei der Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (32,8 %) in Einklang zu stehen, selbst unter Berücksichtigung erhöhter Reparaturkosten im Schadensfall infolge technologischer Neuerungen, der gestiegenen Entlohnung im Versicherungsgewerbe und höherer medizinischer Kosten. Das wirft die Frage auf, ob der Preisanstieg in diesem Segment überschätzt wird oder ob die Versicherungsunternehmen übermäßig auf eine Aufforderung der Finanzaufsicht BaFin im Dezember 2023 reagiert haben, die Prämien zu erhöhen (BaFin 2023).

Verstärkt nahmen im September 2024 beispielsweise die Preise für Pauschalreisen zu (4,6 % nach 3,6 % im August), für Übernachtungen (4,2 % nach 4,1 % im August), für die Wasserversorgung (5,2 % nach 5,0 % im August) und für Friseurdienstleistungen und andere Dienstleistungen für die Körperpflege (3,8 % nach 3,7 % im August), während die Preise für die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen wie im August 2024 um 5,5 % zulegten.

Zahlreiche Dienstleistungspreise nahmen zuletzt leicht ab, wenn auch von hohem Niveau aus, wie die Preise für Mietwagen (7,9 % nach 10,1 % im August), die Reparatur an Unterhaltungselektronik (3,2 % nach 3,5 %) und für Bahnfahrten (4,0 % nach 7,1 % im August).

In den kommenden Monaten ist ein verringerter Anstieg der Dienstleistungspreise zu erwarten, insbesondere da die niedrigeren Energiepreise mit Verzögerung auch hier dämpfend wirken und frühere Preisanstiege nicht mehr in die Inflationsrate eingehen. Bereits im weiteren Jahresverlauf und vor allem im nächsten Jahr dürften die Löhne, die einen relativ hohen Anteil an den Dienstleistungskosten haben, weniger stark zunehmen (Dullien et al. 2024), so dass der davon ausgehende Aufwärtsdruck abnimmt.

Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke steigen stärker als zuvor

Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln im engen Sinne hat sich im September 2024 den sechsten Monat in Folge etwas erhöht, blieb aber mit 1,6 % niedrig, insbesondere verglichen mit den Steigerungsraten in Höhe von 3,8 % zu Jahresbeginn und 22,3 % auf dem Höhepunkt der Teuerung im März 2023. Bei alkoholfreien Getränken lies der Preisdruck etwas nach (6,0 % nach 7,1 % im August 2024), während er bei Alkohol und Tabakwaren bei 3,2 % verharrte.[11] Ebenfalls unverändert blieb mit 2,3 % die Preissteigerungsrate bei der weitgefassten Kategorie Nahrungsmittel einschließlich Getränke und Tabak.

Im September 2024 hatten 7 der 168 Nahrungsmittel in der Kategorie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ eine zweistellige Preissteigerungsrate, verglichen mit 144 auf dem Höhepunkt der Nahrungsmittelteuerung im März 2023. Besonders stark verteuerten sich erneut Olivenöl (29,6 %), gefolgt von Butter (29,3 %) und Orangensaft (18,8 %). Erdnüsse (9,4 %), Multivitaminsaft (9,6 %) und tiefgefrorener Spinat (7,3 %) sind im September unter die 10-Prozentmarke gefallen. Dafür verteuerten sich Schokolade (11,9 %), Erdbeeren, Himbeeren und Ähnliches (13,8 %) sowie Schmalz und Ähnliches (11,5 %) nun mit zweistelligen Raten. Gurken verteuerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat sogar um 55 %.

Die Zahl der Nahrungsmittel mit einem Preisanstieg von 2 % oder weniger ist seit März 2023 unter Schwankungen von 5 auf 99 gestiegen. Preisrückgänge verzeichneten dabei wie im Vormonat 59 Nahrungsmittel, besonders stark Zwiebeln, Knoblauch und Ähnliches (-16,0 %), Möhren (-11,7 %), tiefgefrorenes Obst (-10,1 %) und Kartoffeln (-8,5 %), aber auch Sonnenblumenöl, Rapsöl und Ähnliches (-7,3 %) und Margarine (-3,0 %).

[11] Zwar nahm die Teuerung bei alkoholischen Getränken nach Angaben des Statistischen Bundesamts leicht von 0,8 % auf 0,9 % zu und auch Tabakwaren verteuerten sich etwas verstärkt (5,2 % nach 5,1 % im August 2024), aber die Preissteigerungsrate der zusammengefassten Kategorie „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ war mit 3,2 % ebenso hoch wie im August 2024.

Insgesamt waren Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im September 2024 35 % teurer als im September 2020. Wären die Nahrungsmittelpreise entsprechend dem Inflationsziel von 2 % gestiegen, hätten sie im selben Zeitraum von vier Jahren um 8,2 % zugelegt.

Teuerungsrate aller Haushaltsgruppen unter 2 %

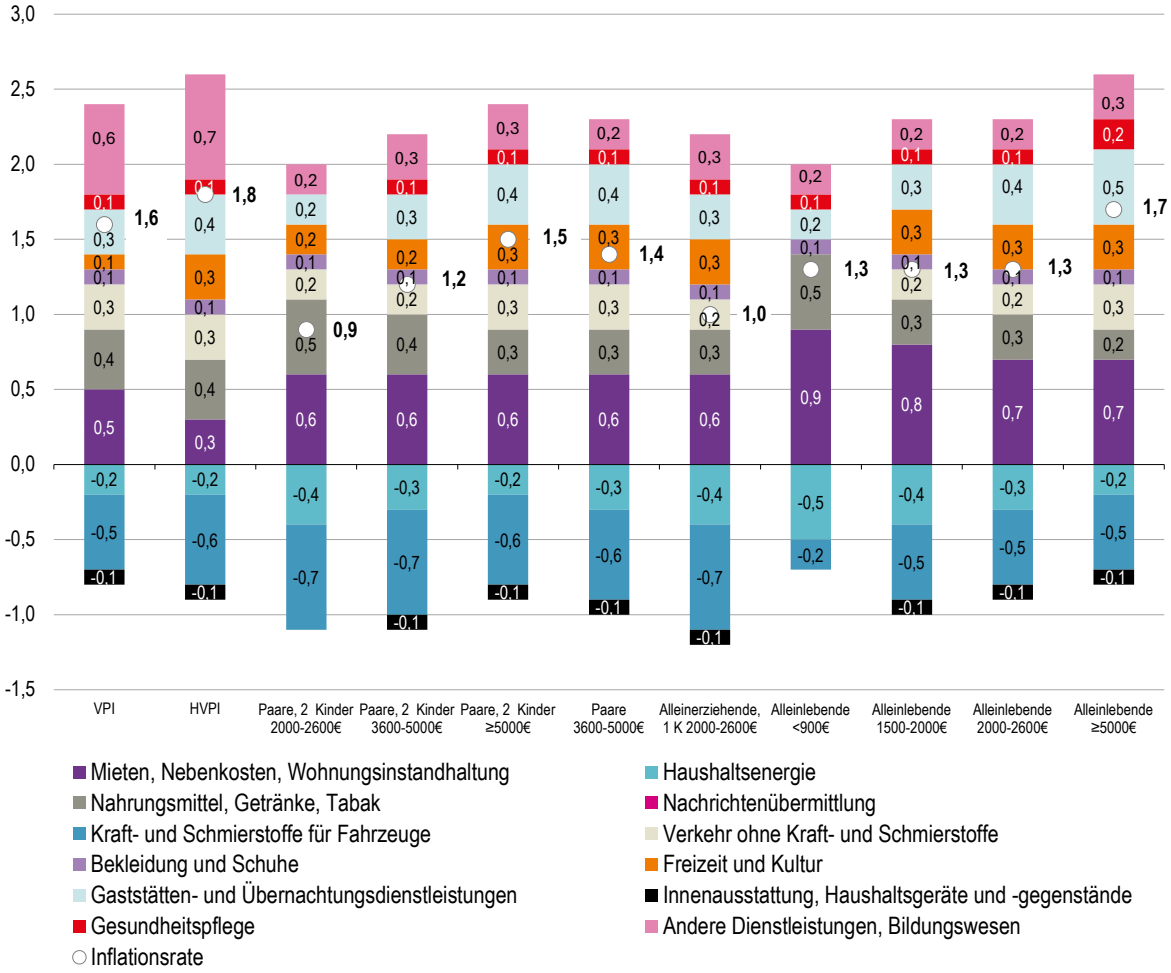
Im monatlichen IMK Inflationsmonitor wird seit Anfang 2022 anhand von haushaltsspezifischen Inflationsraten untersucht, wie sich die hohen Preisschocks seit Mitte 2021 auf unterschiedliche Haushaltsgruppen auswirken (Dullien und Tober 2024a-i; Dullien und Tober 2023a-i; Tober 2023). Wie die Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes werden die haushaltsspezifischen Inflationsraten als Veränderung der gewichteten Verbraucherpreise zum Vorjahresmonat berechnet. Während allerdings die haushaltsspezifischen Inflationsraten weiterhin auf den Ausgabenanteilen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe basieren, berechnet das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex seit 2023 (mit Rückrechnung bis 2020) auf Grundlage von Gewichten, die primär aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet werden (Statistisches Bundesamt 2023, Dullien und Tober 2023b).

Abbildung 3 zeigt die auf der Grundlage von 30 Ausgabenpositionen berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten und die Beiträge von 12 zusammengefassten Ausgabenpositionen zur jeweiligen Inflationsrate der neun repräsentativen Haushaltsgruppen sowie für die Verbraucherpreisinflation insgesamt.[12]

Die haushaltspezifischen Inflationsraten werden exemplarisch für repräsentative Haushaltstypen mittleren Einkommens berechnet sowie für jene am unteren und oberen Rand. Dabei handelt es sich jeweils um Durchschnittshaushalte, also weder Haushalte mit Ölheizung, Gasheizung, Kohleofen oder Wärmepumpe noch Haushalte, die die Mobilität primär mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Verkehr, dem Kleinwagen oder dem SUV bestreiten oder Haushalte, die überwiegend tierische Nahrungsmittel essen, Vegetarier sind oder vegan leben. Stattdessen fließen in die Teuerungsrate der durchschnittliche Verbrauch von Öl, Gas, Kohle und Strom ein ebenso wie die durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Haushaltsgruppe für verschiedene Nahrungs- und Verkehrsmittel.

[12] Die 30 Ausgabenpositionen sind in Tabelle 2 des Anhangs wiedergegeben. Die 12 Untergruppen weichen von den 12 Abteilungen des Verbraucherpreisindex ab, um die besonders einflussreichen Gütergruppen gezielt auszuweisen. Entsprechend wurde die Haushaltsenergie aus der Abteilung 4 (Wohnen) herausgelöst und die Kraft- und Schmierstoffe aus der Abteilung 7 (Verkehr). Mit dem Ziel der Übersichtlichkeit wurden dann Abteilungen 1 und 2 in die Untergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zusammengefasst und das Bildungswesen (Abteilung 10) mit einem geringen Gewicht von durchschnittlich 0,9 % am Warenkorb der Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen) zugeschlagen.

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im September 2024
in % bzw. Prozentpunkten



VPI: Verbraucherpreisindex, HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
Inflationsbeiträge beim HVPI berechnet als Ribe-Beiträge nach Eurostat (2018).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

Im September 2024 lag die Teuerungsrate von einkommensschwachen Familien am unteren Rand, da sie – wie einkommensschwache Alleinlebende besonders stark von den rückläufigen Preisen für Haushaltsenergie (-4,0 %) profitierten, aber anders als diese auch von den stark gesunkenen Kraftstoffpreisen (-12,6). Ebenfalls am unteren Rand war die Teuerungsrate Alleinlebender mittleren Einkommens (1,0 %) und von Paaren mit Kindern und mittlerem Einkommen (1,2 %), bei denen ebenfalls die Preisrückgänge bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen besonders stark zu Buche schlugen. Die Teuerungsrate einkommensschwacher Alleinlebender wie auch Alleinlebender mittleren und höheren Einkommens lag mit 1,3 % im Mittelfeld. Etwas höher war mit 1,4 % die haushaltsspezifische Inflationsrate für Paare mittleren Einkommen, bei denen sich die weiterhin stark steigenden Preise für Restaurants, Hotels und Pauschalreisen (in der Kategorie Freizeit) stärker auswirken. Das gilt auch für einkommensstarke Familien und Alleinlebende, die mit 1,5 % bzw. 1,7 % die höchsten Teuerungsraten verzeichneten. Damit ist die Spanne der haushaltsspezifischen Inflationsraten wieder stärker auseinandergegangen und betrug zuletzt

0,8 Prozentpunkte, nach 0,4 Prozentpunkten im August 2024. Seit zwölf Monaten liegen einkommensschwache Familien am bzw. sehr nah am unteren Rand, nachdem sie über weite Teile der Jahre 2022 und 2023 stets die höchste Teuerungsrate aufwiesen. Im Oktober 2022 hatte die Differenz zwischen den Teuerungsraten mit 3,1 Prozentpunkten ihren Höhepunkt erreicht, wobei damals die einkommensschwachen Haushalte die höchste Teuerung zu verkraften hatten.

Tabelle 2: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im September 2024

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,5	0,4	0,5	0,2
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,6	0,6	0,9	0,7
Haushaltsenergie	-0,4	-0,3	-0,5	-0,2
Kraft- und Schmierstoffe	-0,7	-0,7	-0,2	-0,5
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,3	0,2	0,0	0,3
Freizeit und Kultur	0,2	0,2	0,0	0,3
Gastgewerbe	0,2	0,3	0,2	0,4
Übrige Konsumausgaben	0,3	0,4	0,4	0,6
Inflationsrate in %	**0,9**	**1,2**	**1,3**	**1,7**

Die Inflationsbeiträge summieren sich gegebenenfalls rundungsbedingt nicht zur Inflationsrate oder zu den Summen im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.

Die sinkenden Preise für Haushaltsenergie verringern die Inflationsraten der Haushalte mit geringem Einkommen stärker als für jene mit hohem Einkommen, so wie umgekehrt auch die Belastung dieser Haushalte während der starken Verteuerung von Haushaltsenergie in den Jahren 2022 und 2023 besonders ausgeprägt war (Dullien und Tober 2024g). Haushalte mit Kindern profitieren im Durchschnitt besonders stark von den kräftig gesunkenen Kraftstoffpreisen, was die ebenfalls stärker zu Buche schlagenden verteuerten Bildungsausgaben deutlich überkompensierte. Bei einkommensstarken Alleinlebenden und Paaren mittleren Einkommens wirkte sich der Anstieg der Pauschalreisen in der Kategorie Freizeit und Kultur um 4,6 % mit einem Inflationsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten am stärksten aus. Restaurantbesuche und Übernachtungen trugen 0,5 Prozentpunkte zur Inflation einkommensstarker Alleinlebender bei, gefolgt von Paaren mittleren Einkommens, einkommensstarken Familien und Alleinlebenden mit höherem Einkommen mit jeweils 0,4 Prozentpunkten. Die Gesundheitspreise, die leicht abgeschwächt mit 2,6 % zulegten, wirkten sich ebenfalls merklich stärker bei den einkommensstarken Alleinlebenden aus (0,2 Prozentpunkte). Demgegenüber ist der Inflationsbeitrag von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak bei einkommensstarken Alleinlebenden geringer, weil der Anteil dieser Güter am Warenkorb relativ klein ist.

Zügiges Ende der geldpolitischen Restriktion erforderlich

Die restriktive Geldpolitik dämpft die europäische Wirtschaft, obwohl Preisstabilität – gemessen am Inflationsziel von 2 % – bereits Anfang kommenden Jahres nachhaltig erreicht werden dürfte. Auch die Fiskalpolitik wirkt leicht restriktiv, der private Konsum entwickelt sich schwach und die Investitionen sind rückläufig. Angebotsseitig hat die Wirtschaft noch die hohen Energiepreise zu verkraften. Auch innerhalb der EZB nehmen die warnenden Stimmen zu. So erklärte der EZB-Chefökonom Philip Lane auf dem Zentralbankertreffen in Jackson Hole, dass zu hohe Zinsen über einen zu langen Zeitraum in der mittleren Frist ein chronisches Unterschießen des Inflationsziels bewirken würden (Lane 2024).

Die hohen Zinsen schwächen die Investitionstätigkeit mit der Folge, dass notwendige Investitionen in die Dekarbonisierung ausbleiben und auch Produkt- und Prozessinnovationen, die die Unternehmen benötigen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die anhaltende Wirtschaftsschwäche, die die EZB bewusst und erklärtermaßen zur Inflationsbekämpfung einsetzt, birgt zudem die Gefahr einer Schwächung des Produktionspotenzials, wenn nämlich Produktionskapazitäten abgebaut werden oder sich das Fachkräfteangebot verringert, weil beispielsweise weniger Menschen ausgebildet werden oder Fachkräfte im Rahmen eines Stellenabbaus in den frühzeitigen Ruhestand entlassen werden.

Im September lag die Inflation in Deutschland nur bei 1,6 % gemessen am Verbraucherpreisindex und bei 1,8 % gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex; im Euroraum insgesamt sogar nur bei 1,7 %.[13] Dabei spielen zwar die Energiepreise und insbesondere die Rohölpreise eine Rolle, aber auch die Kernrate schwächt sich in der Tendenz ab. Sie lag in Deutschland zuletzt bei 2,7 %, wobei etwa 0,3 Prozentpunkte auf die Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen im Gastgewerbe Anfang des Jahres zurückgehen und weitere 0,3 Prozentpunkte auf den kräftigen Anstieg der Preise für Autoversicherungen um deutlich über 20 % seit Jahresbeginn. Insgesamt zeigt sich bei den Dienstleistungspreisen eine breitangelegte, wenn auch langsame Abschwächung.

Je länger die EZB ihren noch stark restriktiven Kurs beibehält, desto wahrscheinlicher wird es, dass sie den Leitzins im kommenden Jahr unter das neutrale Niveau senken muss. Insbesondere in Deutschland – der größten Volkswirtschaft des Euroraums – droht eine Verfestigung der Stagnation. Die Arbeitslosenquote ist mit 6,4 % im Euroraum zudem deutlich höher als in den USA (4,1 %). In Deutschland ist sie von niedrigem Niveau aus bereits um 0,6 Prozentpunkte auf 3,5 % gestiegen, während sie in Frankreich, Italien und Spanien bei hohen 7,5 %, 6,2 % und 11,3 % liegt.[14] Daher sollte die EZB auf ihrer Sitzung im Oktober nicht nur die Zinsen erneut senken, sondern auch signalisieren, dass sie die Zinsen zügig aus dem restriktiven Bereich führen wird.

[13] Nach Erscheinen dieses IMK Inflationsmonitors veröffentlichte Eurostat am 17.10.2024 die endgültige Inflationsrate für den Euroraum, die mit 1,7 % um 0,1 Prozentpunkte unter der vorläufig veröffentlichten Inflationsrate (1,8 %) lag. Hier aktualisiert am 24.10.24.

[14] Die jüngsten verfügbaren Daten beziehen sich auf August 2024, https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-euro-indicators/w/3-02102024-ap.

Anhang

Drei der betrachteten Haushaltsgruppen bestehen aus zwei Erwachsenen und zwei ledigen Kindern unter 18 Jahren, in einem Haushalt lebt eine alleinerziehende Person mittleren Einkommens mit einem Kind, vier sind Ein-Personen-Haushalte und ein Haushalt ist ein Paar-Haushalt ohne Kinder mit mittlerem Einkommen (Tabelle A1). Der Medianhaushalt unter den Paaren mit zwei Kindern fiel im Jahr 2018 in die Gruppe mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600-5.000 Euro. Unter den Alleinlebenden hatte der Medianhaushalt ein Nettoeinkommen von 1.500-2.000 Euro (Statistisches Bundesamt 2020a).[15] Diese beiden mittleren Haushalte werden durch die Haushaltsgruppe 2 bzw. die Haushaltsgruppe 7 abgebildet. Haushaltsgruppe 9 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von über 5.000 Euro) bildet den oberen Rand der Einkommensverteilung ab, während der untere Rand durch Haushaltsgruppe 6 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 900 Euro) und Haushaltsgruppe 1 (Paar, 2 Kinder, Nettohaushaltseinkommen von 2.000-2.600 Euro) abgedeckt ist.

Tabelle A1: Ausgewählte Haushaltstypen mit unterschiedlichem Nettoeinkommen

Nr.	Haushaltstyp	Nettoeinkommen 2018 (Euro)
1	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	2.000–2.600
2	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	3.600–5.000*
3	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	≥ 5.000
4	Paare	3.600–5.000*
5	Alleinerziehende mit 1 Kind	2.000–2.600*
6	Alleinlebende	500 < 900
7	Alleinlebende	1.500–2.000*
8	Alleinlebende	2.000–2.600
9	Alleinlebende	≥ 5.000

* Einkommensklasse des Medianhaushalts des Haushaltstyps.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018.

IMK

[15] Berechnet auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes (2020a, S. 115 und S. 138). Das jeweilige Durchschnittseinkommen liegt mit 5.604 Euro bzw. 2.142 Euro höher (Statistisches Bundesamt 2020b, S. 100 und S. 124).

Tabelle A2: Haushaltsspezifische Ausgabengewichte: Datengrundlage und Systematisierung

12 Gütergruppen	Klassifikation Verbraucherpreisindex	Ausgabenposition EVS
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	CC13-01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke
	CC13-02	Alkoholische Getränke und Tabakwaren
Bekleidung und Schuhe	CC13-03	Bekleidung und Schuhe
Wohnen ohne Haushaltsenergie	CC13-72 (041, 042, 044)	Wohnungsmieten (tatsächlich und unterstellt) und Ähnliches
	CC13-043	Wohnungsinstandhaltung
Haushaltsenergie	CC13-045	Haushaltsenergie
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	CC13-05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
Gesundheitspflege	CC13-06	Gesundheit
Verkehr ohne Kraft- und Schmierstoffe	CC13-071	Kauf von Fahrzeugen
	CC13-0721	Ersatzteile und Zubehör für Fahrzeuge
	CC13-0723	Wartung und Reparatur von Fahrzeugen
	CC13-0724	Andere Dienstleistungen für Fahrzeuge
	CC13-073	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen
Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge	CC13-0722	Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge
Post- und Telekomdienstleistungen	CC13-08	Post- und Telekomdienstleistungen
Freizeit und Kultur	CC13-091	Audio-, Foto-, IT-Geräte und Zubehör
	CC13-092	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping
	CC13-093	Andere Güter für Freizeit und Garten, Haustiere
	CC13-094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen + Reparaturen
	CC13-095	Druckerzeugnisse, Schreib- und Zeichenwaren
	CC13-096	Pauschalreisen
Gaststätten- und Übernachtungsdienstleistungen	CC13-111	Gaststättendienstleistungen
	CC13-112	Übernachtungen
Andere Dienstleistungen, Bildungswesen	CC13-121	Körperpflege: Dienstleistungen, Geräte, Artikel
	CC13-123	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände
	CC13-124-127	Sonstige Dienstleistungen
	CC13-10	Bildung

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Verbraucherpreisindex, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum (COICOP 2-/3-/4-/5-/10-Steller/Sonderpositionen), Statistisches Bundesamt.

IMK

Literatur

Bafin (2023): Teure Schäden: Müssen Versicherer ihre Beiträge erhöhen und ihre Inflationsannahmen überarbeiten? BaFin Journal. Frankfurt/M., 12. Dezember.

Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2024): Wirtschaftsflaute dauert an: Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2024/2025. IMK Report 192, September.

Dullien, S. / Tober, S. (2023a): IMK Inflationsmonitor – Nahrungsmittelpreise dominieren infolge der Revision die Inflationsunterschiede im Januar 2023. IMK Policy Brief Nr. 146, Februar.

Dullien, S. / Tober, S. (2023b): IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate im März 2023 deutlich geringer – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten weiter hoch. IMK Policy Brief 148, April.

Dullien, S. / Tober, S. (2023c): IMK Inflationsmonitor: Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im April 2023 deutlich geringer, Haushaltsenergie verteuert sich weiterhin am stärksten. IMK Policy Brief Nr. 150, Mai.

Dullien, S. / Tober, S. (2023d): IMK Inflationsmonitor: Basiseffekte überlagern Abwärtstendenz der Inflation - Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im Juni 2023 sinken leicht. IMK Policy Brief Nr. 154, Juli.

Dullien, S. / Tober, S. (2023e): IMK Inflationsmonitor: Inflation und Kerninflation setzen zaghaften Abwärtstrend fort – Inflationsunterschiede zwischen den Haushalten im Juli 2023 sinken auf einen Prozentpunkt. IMK Policy Brief Nr. 156, August.

Dullien, S. / Tober, S. (2023g): IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 % - Tendenz sinkend. IMK Policy Brief Nr. 159, Oktober.

Dullien, S. / Tober, S. (2023h): IMK Inflationsmonitor: Erdgas- und Strom trotz Preisbremsen im Oktober 2023 immens teurer als 2019 - Inflation weiter im Sinkflug. IMK Policy Brief Nr. 160, November.

Dullien, S. / Tober, S. (2023i): IMK Inflationsmonitor: Inflation trotz noch stark steigender Nahrungsmittelpreise im November auf 3,2 % gefallen. IMK Policy Brief Nr. 162, Dezember.

Dullien, S. / Tober, S. (2024a): IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt von 8,7 % auf 3,7 % im Verlauf von 2023. IMK Policy Brief Nr. 163, Januar.

Dullien, S. / Tober, S. (2024b): IMK Inflationsmonitor: Staatliche Maßnahmen verhindern noch stärkeren Rückgang der Inflation im Januar 2024. IMK Policy Brief Nr. 164, Februar.

Dullien, S. / Tober, S. (2024c): IMK Inflationsmonitor: Inflation in Deutschland und im Euroraum nähern sich weiter der 2-Prozent-Marke – Zinssenkung überfällig. IMK Policy Brief 164, März.

Dullien, S. / Tober, S. (2024d): IMK Inflationsmonitor: Inflation erreicht im März 2024 mit 2,2 % fast die Marke für Preisstabilität. IMK Policy Brief 166, April.

Dullien, S. / Tober, S. (2024e): IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt wegen höherer Mehrwertsteuer auf Erdgas im April bei 2,2 % – Kernrate sinkt deutlich. IMK Policy Brief 169, Mai.

Dullien, S. / Tober, S. (2024f): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Mai 2024 mit 2,4 % leicht höher - Abschwächungsprozess hin zum Inflationsziel intakt. IMK Policy Brief 170, Juni.

Dullien, S. / Tober, S. (2024g): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juni 2024 mit 2,2 % wieder praktisch am Inflationsziel, VPI-Kernrate seit drei Monaten unter 3 %. IMK Policy Brief 172, Juli.

Dullien, S. / Tober, S. (2024h): IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2024 mit 2,3 % leicht höher. IMK Policy Brief 174, August.

Dullien, S. / Tober, S. (2024i): IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im August 2024 auf 1,9 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %. IMK Policy Brief 177, September.

Eurostat (2018): Harmonised Index of Consumer Prices (HICP). Methodological Manual. Luxemburg, November.

Lane, P. R. (2024): The effectiveness and transmission of monetary policy in the euro area. Beitrag auf dem Federal Reserve Bank of Kansas City Economic Symposium, 24. August.

Statistisches Bundesamt (2023): Hintergrundpapier zur Revision des Verbraucherpreisindex für Deutschland 2023. Wiesbaden, 22. Februar.

Statistisches Bundesamt (2020a): Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Konsumausgaben privater Haushalte 2018. Fachserie 15, Heft 5, 29. Mai 2020 (Seiten 31-34 und 97-144 korrigiert am 28. Oktober 2021), Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2020b): Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. FS 15, H. 4, 23, April, Wiesbaden.

Tober, S. (2022): IMK Inflationsmonitor – Haushaltsspezifische Teuerungsraten: Wie stark unterscheidet sich die Belastung durch Inflation? IMK Policy Brief Nr. 114, Januar.

Tober, S. (2023): IMK Inflationsmonitor – Inflationsrate einkommensschwacher Haushalte sinkt trotz steigender Nahrungsmittelpreise leicht im Februar 2023. IMK Policy Brief 147, März.

Impressum

Herausgeber
Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm

ISSN 2365-2098

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.
Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de
Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.